

GRIECHENLAND

In Athen gehen die Lichter aus

Der Winter steht bevor, und viele Griechen haben kein Geld mehr für Strom und Heizöl. Die Parteien haben den Staat und die Wirtschaft ruiniert. Was soll aus Griechenlands Jugend werden?

VON Petros Markaris | 01. Dezember 2011 - 07:00 Uhr



Frauen vor einem geschlossenen Geschäft in Athen

Parallel zum Parlament mit seinen sieben politischen Parteien existiert bei uns in Griechenland ein weiteres, außerparlamentarisches System mit vier Parteien: Sie sind die vier Teile, in die unsere Gesellschaft nach achtzehn Monaten Wirtschaftskrise zerfallen ist. Die fortschreitende Verschärfung der Krise und der Überlebenskampf im Alltag haben diese Teile einander nicht näher gebracht. Ganz im Gegenteil, sie entfremden sich mehr und mehr. Zwischen diesen Teilen werden Koalitionen gebildet, aber auch Grabenkriege geführt.

Da ist zunächst die »Partei der Profiteure«. Zu ihr gehören alle Unternehmer, die vom Klientensystem der letzten dreißig Jahre profitiert haben, vorneweg die Baufirmen. Sie haben ihre Blütezeit im Vorfeld der Olympischen Spiele 2004 gehabt, als sie vom Staat mit lukrativen Bauaufträgen zu verschwenderischen Preisen zugeschüttet wurden.

Zur Partei der Profiteure gehören aber auch die Unternehmen, die staatliche Organisationen beliefern – zum Beispiel jene, die öffentliche Krankenhäuser mit pharmazeutischen Produkten und medizinischen Geräten versorgen. In welchem Ausmaß dabei Geld verschwendet wurde, haben die Griechen erst jetzt begriffen. Der Einkauf von Arzneimitteln und medizinischem Gerät wurde bislang von den Krankenhäusern selbst vorgenommen. Jetzt hat das Gesundheitsministerium den Kauf von Arzneimitteln zentral über das Internet organisiert und gemäß den bisherigen Ausgaben dafür 9.937.480 Euro zur

Verfügung gestellt. Nun stellte sich heraus: Die Medikamente kosteten nur 616.505 Euro, also bloß 6,2 Prozent der früheren Summe!

PETROS MARKARIS

International bekannt wurde der griechische Schriftsteller, Jahrgang 1937, durch seine Kriminalromane um den schrulligen Kommissar Kostas Charitos. Markaris, der Vater Armenier, die Mutter Griechin, ist in Istanbul geboren und aufgewachsen, dort besuchte er das österreichische Gymnasium. Ehe er zu schreiben begann, studierte er einige Jahre lang Volkswirtschaft. Er schreibt in griechischer, türkischer und deutscher Sprache. Seit den sechziger Jahren lebt er in Athen.

Ohne die neuen Sparmaßnahmen wäre alles beim Alten geblieben. Denn gerade diese Profiteure, die Bauunternehmer und die Einkäufer in den Kliniken, pflegten eine gut funktionierende Koalition mit der jeweiligen Regierungspartei und deren Ministern. Alle im Staatsapparat wussten Bescheid über die Verflechtungen und deren Kosten für die Allgemeinheit – doch alle schwiegen. Nicht nur, weil die Parteien gewaltige Spenden einstrichen, sondern auch, weil die korrupten Branchen den Abgeordneten die Wahlkampagnen finanzierten und ihren Familien gut bezahlte Arbeitsplätze sicherten.

Man könnte die Partei der Profiteure auch »Partei der Steuerhinterzieher« nennen, denn das sind sie allesamt auch noch – vor allem die selbstständigen Gutverdiener wie Ärzte und Rechtsanwälte. Geht ein Grieche in eine Arztpraxis, sagt der Mediziner zu ihm: »Der Besuch kostet 80 Euro, aber wenn Sie eine Quittung wollen, dann kostet er 110 Euro.« Die meisten Patienten verzichten deshalb auf die Quittung, so sparen sie 30 Euro. Das gute Einvernehmen mit der jeweiligen Regierungspartei hat zur Folge, dass die Behörden das System dulden und schweigend wegschauen.

Die Gruppe der mittellosen Bürger dagegen wächst und wächst. Viele können nicht einmal mehr die Zuzahlung für den Kauf von Medikamenten aufbringen. Was machen sie also? Sie wenden sich an die Hilfsorganisation »Ärzte der Welt«, weil dort bestimmte Medikamente gratis abgegeben werden. Die zwei Athener Kliniken von »Ärzte der Welt« sind eigentlich für mittellose Migranten gedacht, die auf Schlauchbooten von Afrika herübergerudert sind. Jetzt bitten immer mehr arme Griechen um Hilfe. Manchmal stehen bis zu tausend Menschen am Tag bei »Ärzte der Welt« Schlange. Darunter zum Beispiel Diabetiker, die sich ihr Insulin nicht mehr leisten können.

Das Elend der Migranten greift auf die Griechen über. Wenn ich früher morgens meine Balkontür öffnete und auf die Straße hinunterschaute, sah ich bis vor einem halben Jahr Flüchtlinge, die in den Mülleimern stöberten, um etwas Essbares zu finden. In den letzten Wochen sind mehr und mehr Griechen dabei. Sie wollen ihr Elend nicht sichtbar machen, deswegen drehen sie ihre Abfalleimerrunde in den frühen Morgenstunden, wenn nur wenige Menschen auf der Straße sind.

Die Profiteure und Steuerhinterzieher haben solche Sorgen natürlich nicht. Sie spüren die Krise kaum. Noch bevor sie über uns hereinbrach, hatten sie ihre Bankkonten schon ins Ausland verlegt. Die griechischen Banken sind in den letzten achtzehn Monaten um etwa sechs Milliarden Euro ärmer geworden, während die ausländischen Banken – vor allem die schweizerischen – sich die Hände reiben.

Es sind auch die Profiteure, die, im besten Einvernehmen mit den Linken im Parlament, für eine Rückkehr zur Drachme plädieren. Sie spekulieren darauf, dass sich ihr Vermögen dann vervielfachen werde und sie in aller Ruhe beträchtliche Teile des Staatseigentums kaufen können. Der griechische Staat ist nämlich – Euro hin, Drachme her – gezwungen, große Teile seines Eigentums zu privatisieren, es fehlt ihm an Geld.

Die dritte verhängnisvolle Koalition besteht zwischen der jeweiligen griechischen Regierung und den Landwirten, die ebenfalls Mitglieder der Partei der Profiteure sind. Seit dem Beitritt Griechenlands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahr 1981 beklagen alle Regierungen das Los der »armen griechischen Bauern«, die ein besseres Leben verdienen. Dieses bessere Leben haben sich die Landwirte durch die Agrarsubventionen der Europäischen Union längst gesichert.

Die Subventionen wurden willkürlich und ungeprüft an die Bauern verteilt, ohne darauf zu achten, ob die angeforderten Zuwendungen überhaupt der tatsächlichen Produktion entsprachen. Die Bauern verscharrten ihre Produkte, gaben falsche Zahlen an – und kassierten. Obendrein gewährte die Griechische Landwirtschaftsbank ihnen auch noch großzügig Kredite, die bis heute nicht zurückgezahlt worden sind. Die Bauernfreunde in den Regierungsparteien haben jedenfalls allen Druck vermieden. Sie brauchten die Stimmen der Landwirte und ihrer Familien. Jetzt ist die Griechische Landwirtschaftsbank pleite, und die Bauern kutschieren mit ihren Cherokee-Jeeps über die Dörfer.

Die zweite der vier Parteien, aus denen Griechenland mittlerweile besteht, könnte man die »Partei der Redlichen« nennen, ich nenne sie lieber »Partei der Märtyrer«. Zu ihr gehören die Besitzer von kleineren und mittleren Unternehmen, deren Arbeitnehmer und die Freiberufler, zum Beispiel Taxifahrer oder Techniker. Sie widerlegen die in Europa verbreitete Ansicht, die Griechen seien bequem und scheuten die Arbeit. Sie alle arbeiten hart und zahlen regelmäßig ihre Steuern. Die Partei der Märtyrer ist zwar von den vier außerparlamentarischen Gruppierungen die größte, sie ist aber nicht stark genug, um Koalitionen zu schmieden. Deshalb wird sie von allen Seiten ausgebeutet. Die Märtyrer werden von der Krise am härtesten getroffen, daher der Name.

Der schlimmste Schlag für die mittleren und kleineren Unternehmen ist die Rezession. Dem trostlosen Anblick der leer stehenden Geschäfte begegnet man überall in Athen, auch in den eleganten Einkaufsvierteln. Zum Beispiel in der Patissionstraße. Die Patission, wie die Athener sie nennen, ist die älteste der drei langen Straßen im Zentrum Athens und der Boulevard des Mittelstands. Ich kenne die Straße sehr gut, denn ich wohne ganz in der Nähe. Die Patission war immer schwach beleuchtet, aber das machte nichts, denn die

Schaufenster leuchteten hell. In diesen Tagen ist die Straße bei Nacht fast stockdunkel, jedes zweite Geschäft hat zugemacht. Und die paar Läden, die überlebt haben, versuchen sich mit Sonderangeboten durchzuschlagen.

In der Aiouloustraße im Stadtzentrum, einer traditionellen Einkaufsstraße für Kleinverdiener, sieht es noch jämmerlicher aus. Es gibt zwar noch einige Geschäfte, aber die sind leer, die Kundschaft bleibt weg. So ist die Aiouloustraße zu einer Fußgängerzone ohne Fußgänger geworden. »Wie lange kann ich noch durchhalten?«, fragte mich die Inhaberin eines kleinen Geschäfts für Herrenausstattung, in dem ich ein paar Strümpfe kaufte. »Es vergehen Tage, bis sich mal ein Kunde in den Laden verirrt.« Man zögert inzwischen schon, einen Laden zu betreten, denn sobald man drinnen ist, wird man vom Inhaber oder Angestellten mit Hiobsbotschaften überschüttet. Die Herrenausstatterin hat nicht durchgehalten: Als ich am vergangenen Samstag wieder durch die Aiouloustraße ging, war auch ihr Geschäft geschlossen.

Eine Freundin meiner Schwester arbeitet in einer kleinen Baufirma, die Wohnhäuser errichtet. Der Inhaber hat das gesamte Personal entlassen, bis auf sie. Wer baut schon Häuser, wenn überall welche zum Verkauf stehen, die auch keiner kauft? Die Freundin meiner Schwester hat seit sieben Monaten kein Gehalt bekommen, trotzdem ist sie glücklich, denn sie hat noch einen Arbeitsplatz.

Das Schlimmste für die Mitglieder der Märtyrer-Partei ist die Mutlosigkeit. Sie haben jede Hoffnung verloren. Für sie birgt die Krise keine Perspektive auf eine bessere Zukunft. Spricht man mit ihnen, beschleicht einen das Gefühl, sie warteten nur noch auf das Ende. Wenn weite Teile eines Volkes keine Zuversicht mehr aufbringen, dann ist das Leben sehr bedrückend. In vielen Wohnblocks, in denen die Kleinverdiener und die Menschen mit mittlerem Einkommen leben, wird nicht mehr geheizt. Den Familien fehlt Geld für das Heizöl, oder sie sparen es lieber.

Ich selber fahre kein Auto, ich habe einen Taxifahrer, der mich zum Flughafen bringt und vom Flughafen abholt. Er heißt Thodoros mit Vornamen, ist unverheiratet und lebt allein. »Was halten Sie von Lucas Papademos?«, fragte er mich, als er mich vorige Woche vom Flughafen abholte. Ich sagte ihm, dass ich Papademos für die richtige Wahl als Regierungschef halte, weil er ein kluger und anständiger Mensch ist, der sowohl in Griechenland als auch in der Europäischen Union hohes Ansehen genießt. »Na ja, Fahrgäste wird er mir nicht bringen«, lautete die resignierte Antwort meines Fahrers. »Das wäre auch ein bisschen viel verlangt«, entgegnete ich. »Schauen Sie«, versetzte Thodoros, »ich zahle für dieses Taxi wöchentlich 350 Euro Miete. Ich arbeite sieben Tage in der Woche, und doch reicht es oft nur für die Miete. Manchmal muss ich sogar draufzahlen. Ob jetzt Papademos Premierminister ist oder ein anderer, mein Geschäft ist sowieso tot.«

Die Griechen fahren gern mit dem Taxi, weil es so billig ist. Für 3,20 Euro kommt man im Zentrum von Athen fast überallhin. Eine längere Fahrt kostet nicht mehr als sechs Euro. Bis vor einem halben Jahr hätte man in der Mittagszeit vergeblich auf ein freies Taxi gewartet.

Heute sieht man überall lange Schlangen von Taxis, die auf Fahrgäste hoffen, nicht nur zu Mittag, sondern auch am Abend und am Wochenende.

Doch es ist noch schlimmer! Die Rezession ist nicht der einzige Kummer der Märtyrer. Ihr Geschäft ist zwar tot, aber sie werden dreimal zur Kasse gebeten. Einmal mit der Einkommensteuer, dann mit einer weiteren Extrasteuer und zuletzt mit einem Solidaritätszuschlag. Nächstes Jahr werden sie den Solidaritätszuschlag sogar zweimal zahlen müssen. Die Mehrwertsteuer wurde im Laufe des vergangenen Jahres schon zweimal erhöht.

Während die Steuerhinterzieher gar keine oder nur sehr wenig von diesen Zusatzsteuern und Solidaritätsbeiträgen zahlen, weil viele gar keine Steuererklärung abgeben oder den größten Teil ihres Einkommens verschwinden lassen, wird den ehrlichen Bürgern die Luft abgeschnürt.

Zu den Märtyrern gehören auch die Arbeitnehmer und die Arbeitslosen des Privatsektors. Es gibt in Griechenland heute nur noch wenige Arbeitnehmer, denen regelmäßig Gehalt oder Lohn bezahlt wird. Die meisten bekommen ihr Geld in kleinen Portionen mit einer Verspätung von mehreren Monaten. Alle leben in großer Not und in noch größerer Sorge, weil sie fürchten, ihr Arbeitgeber könnte über Nacht schließen.

Jetzt, da es kein Wachstum durch Konsum und geliehenes Geld mehr gibt, tauchen viele Kleinunternehmer unter. Sie verschwinden, und zurück bleiben Schulden. Mein Schwager, der Kindermodegeschäfte beliefert, hat mir traurig erzählt, er habe allein in der letzten Woche drei solcher Fälle erlebt. Er ist verzweifelt.

Jetzt sieht man vor den Arbeitsämtern lange Schlangen von Arbeitslosen, die jeden Monat geduldig auf den Zahlungsauftrag warten, mit dem die Bank ihnen das Arbeitslosengeld überweisen soll. Dabei bleibt ungewiss, ob die Zahlung am Anfang des Monats auch eintrifft. Manchmal müssen sie auf ihre 416,50 Euro auch länger warten, die Arbeitslosenzahl nimmt täglich zu, und den Arbeitsämtern geht das Geld aus.

Weil der Staatsapparat und vor allem der Steuerapparat kollabiert sind, kam man im Finanzministerium auf die brillante Idee, die Steuern mit der Stromrechnung einzukassieren. Wer die Steuern nicht zahlt, dem wird der Strom abgestellt. Ich habe Bilder im griechischen Fernsehen gesehen von alten Leuten, die an den Kassen der Elektrizitätsgesellschaft Schlange standen, um die erste Rate der Steuer zu bezahlen. Mir war zum Heulen. »Die erste Rate beträgt 250 Euro«, sagte ein Mittsechziger in die Kamera. »Ich beziehe 400 Euro Rente. Wie kann ich von den übrigen 150 Euro einen ganzen Monat leben?« Ich musste an die sechziger Jahre zurückdenken, als ich nach Griechenland kam. Damals begegnete ich der kuriosesten Vision, die man sich vorstellen kann: einstöckige Häuser in kleinbürgerlichen Quartieren und Arbeitervierteln, aus deren Betondächern noch die Eisenstangen herausragten. Diese Stangen sahen hässlich aus, aber sie waren eine Verheißung: der Traum vom zweiten Stock. Der Traum von der Wohnung für den Sohn

oder für die Tochter im Obergeschoss. Dafür haben diese armen Leute ein Leben lang Geld zurückgelegt, sie haben es sich vom Munde abgespart. Jetzt werden sie alle abkassiert. Ein abgewirtschaftetes politisches System mit einer üblen Vetternwirtschaft hat mit seinem Scheinreichtum auch die Würde der kleinen Leute zerstört.

Eine weitere Partei ist die »Partei des Molochs«. Sie rekrutiert sich aus dem griechischen Staatsapparat und seinen Betrieben. Die Partei zerfällt in zwei Gruppen. Zur ersten Gruppe gehören die Beamten und Funktionäre, die in den öffentlichen Diensten und Staatsbetrieben arbeiten. Die zweite Gruppe sind die Gewerkschafter. Die Partei des Molochs ist der außerparlamentarische Arm der jeweiligen Regierungspartei und der Garant des Klientelsystems. Denn ihre große Mehrheit besteht aus Parteikadern und Parteifunktionären.

Das System hat eine lange Geschichte und führt zurück in die Zeiten nach dem Bürgerkrieg, in die fünfziger Jahre. Damals hatten die Nationalisten, die Sieger des Bürgerkriegs, den gesamten Staatsapparat mit Mitkämpfern und linientreuen Gesinnungsgenossen besetzt. Es war die Belohnung für deren Treue zu den nationalistischen Idealen.

Dann kam 1981 – kurz nach dem Beitritt Griechenlands zur EWG – die erste Regierung der sozialistischen Pasok-Partei an die Macht, und die war es, die die beschriebene Praxis zum Parteiprinzip erhoben hat. Am Anfang hörten die Argumente sich noch halbwegs vernünftig an und hatten in der Bevölkerung breite Zustimmung. Die Pasok argumentierte, nach der langen Herrschaft der rechten Parteien sei der Staatsapparat gegenüber liberalen Kräften feindselig gesinnt, und die Pasok könne nicht regieren, ohne die Schlüsselpositionen in der Verwaltung mit vertrauenswürdigen eigenen Leuten zu besetzen. Nur dass es bei den Schlüsselpositionen nicht geblieben ist. Bald war der gesamte Staatsapparat fest in der Hand von Pasok-Mitgliedern und deren Seilschaften. Fast jedes zweite Mitglied der Partei wurde mit einem Posten im Staatsapparat belohnt.

Alle Regierungen haben seither an diesen Seilschaften geknüpft, bis in die ersten Monate der Krise hinein. Es gab ja genug Geld dank der Subventionen aus der EWG und später von der EU. Wenn das Geld nicht mehr reichte, stopfte man die Löcher mit Krediten. Doch die meisten Parteimitglieder im Staatsapparat arbeiten nie oder tun nur das Allernotwendigste. Eine Freundin, die eine Stelle als Ingenieurin in einer Behörde hat, hat Folgendes erlebt: Vor einem Jahr kam ein neuer Kollege in ihre Abteilung. Schon am ersten Tag sagte er: »Liebe Kolleginnen und Kollegen, es tut mir leid, aber ich habe alles, was ich in der Uni gelernt habe, vergessen.« Danach arbeitete er keinen einzigen Tag, und kein Vorgesetzter ging dagegen vor.

Die Partei des Molochs ist jedoch gespalten. Ein Teil wäre in der Partei der Märtyrer eher zu Hause. Es sind jene Funktionäre, die nicht über die Parteikanäle in den Staatsapparat geschleust wurden, sondern eine Aufnahmeprüfung machen mussten. Sie sind die einzigen Beamten, die hart arbeiten, manchmal sogar für zwei oder drei andere Kollegen

mit, weil ihnen auch die Arbeit der Parteimitglieder aufgebürdet wird. Sie sind Opfer des Systems. Der andere Teil der Moloch-Partei pflegt eine Seilschaft nicht nur mit den Regierungsparteien, sondern auch mit der Partei der Profiteure. Diese große Dreiparteienkoalition regiert und tyrannisiert das Land seit dreißig Jahren.

Die weitverbreitete Pest der Steuerhinterziehung, die den Staatshaushalt ruiniert hat, wäre ohne das Mitwirken der Finanzämter nicht möglich gewesen. Die korrupten Beamten aber werden für ihre Kooperationsbereitschaft von den Steuerhinterziehern großzügig belohnt.

Heute hört man aus der Beamtenschaft lautes Wehgeschrei, denn ihre Gehälter wurden um etwa 30 Prozent gekürzt. Das trifft aber nicht alle gleich. Die Opfer des Systems haben tatsächlich ein Drittel ihres realen Einkommens eingebüßt. Die Koalitionspartner der Profiteure aber beziehen ja nebenher ein schwarzes Einkommen, das sie bis heute nicht deklarieren. Ihre offiziellen Verluste werden durch das schwarze Einkommen ausgeglichen.

Eine Untergruppe in der Partei des Molochs sind die Gewerkschafter. Ich lese oft in deutschen Zeitungen von Generalstreiks und Demonstrationen in Griechenland. Wenn ich auf Lesereise durch Deutschland bin, fragen mich alle: Warum streiken die Griechen so oft?

Der einzige Generalstreik, den Griechenland in den letzten Jahren erlebt hat, fand vor einigen Wochen statt. Das war, als das neue Sparpaket vom Parlament verabschiedet wurde. Bei der anschließenden Demonstration (es gibt in Griechenland keine Streiks ohne Demonstration, auch der aller kleinste Streik kommt nicht ohne Demo aus) versammelten sich auf dem Syntagma-Platz vor dem Parlament rund 140.000 Menschen. Es war die größte Demonstration seit Jahren. Sogar die Geschäftsleute machten ihre Läden zu, nicht weil sie Angst hatten vor Krawallen – was häufig vorkommt –, sondern weil auch sie streikten.

Alle früheren Streiks waren keine Generalstreiks, sie wurden von den Gewerkschaften nur als solche proklamiert. Es waren Streiks der übervorteilten Arbeitnehmer in den öffentlichen Diensten. Die Arbeitnehmer des Privatsektors gingen zur Arbeit, wie jeden Tag.

Die Wahrheit ist, dass die griechischen Gewerkschaften keine Macht über die Arbeitnehmer des Privatsektors besitzen. Dagegen ist ihre Macht im öffentlichen Sektor fast uneingeschränkt. Sie können jederzeit Streiks ausrufen und durchsetzen. Sie mobilisieren durchschnittlich um die zehntausend Demonstranten, alles Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst.

Auch die Macht der Gewerkschaften hat ihre Geschichte. Der Gründer der Pasok und ihr erster Premierminister, Andreas Papandreou, hatte das Land wie ein Monarch geführt. Wie jeder Monarch brauchte aber auch er einen »Adel«, um seine Macht zu stabilisieren. Es gab den Hofadel, das waren die Regierungsmitglieder und die Parteibonzen, die in

engem Kontakt mit dem Monarchen standen. Dann kam der Stadtadel. Dazu gehörten die Gewerkschafter und die Parteifunktionäre im Staatsapparat und in den Staatsbetrieben. Der Landadel bestand aus den Funktionären, die die Subventionen aus der Europäischen Union über den Landwirten ausgossen.

Alle demokratischen Institutionen funktionierten irgendwie, aber es genügte ein Wort des Monarchen, und ein Adelige fiel in Ungnade und verlor seinen Posten. Andersherum verlieh die Gunst des Monarchen dem Parteifunktionär oder Gewerkschafter uneingeschränkte Macht.

Die Koalition mit dem jeweiligen Parteiapparat hat die Macht der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst enorm gestärkt. Diese Macht ist mit vielen Privilegien verbunden. Nichts in den Staatsbetrieben läuft ohne die Zustimmung der Gewerkschafter. Die Verwaltungsangestellten der Betriebe trauen sich nicht, den Gewerkschaftern entgegenzutreten. Sie fürchten den Ärger mit den zuständigen Ministern und dem Parteiapparat. Wenn Konflikte zwischen der Gewerkschaft und der Betriebsleitung ausbrechen, schreitet oft ein Minister ein, und die Betriebsleitung zieht den Kürzeren.

Die Streiks in den Behörden und Staatsbetrieben mit Demonstrationen, die mitunter wöchentlich abgehalten werden wie die berühmten Montagsdemonstrationen in Leipzig, sind nur ein letzter, verzweifelter Versuch der Moloch-Partei, ihre Privilegien zu sichern oder wenigstens zu retten, was zu retten ist.

Die Folgen tragen die Menschen der Partei der Märtyrer. Bei Demos wird gerne mal das Zentrum von Athen gesperrt, und die Läden werden aus Angst vor Ausschreitungen geschlossen. Wenn die Fahrer der öffentlichen Verkehrsmittel streiken, was dauernd geschieht, ist das Stadtzentrum wie leer gefegt. Die Geschäfte verlieren die wenigen Kunden, die noch etwas kaufen können. Und die Arbeitnehmer müssen, wenn Busse und Bahnen streiken, mit dem Fahrrad oder zu Fuß zur Arbeit gelangen. Das kostet sie oft ein, zwei Stunden. Aber sie können es sich auch nicht leisten, zu Hause zu bleiben, weil sie um ihren Arbeitsplatz fürchten, die Märtyrer.

Wer begriffen hat, dass die einen ihren Vorteil auf Kosten der anderen suchen, sieht auch, wie sehr es in der griechischen Gesellschaft an Solidarität mangelt. Es sind die Schwachen, die den Preis für den Kampf der Gewerkschaften gegen Regierung und deren Sparmaßnahmen zahlen. Sie werden zu Geiseln der Gewerkschaften.

Die letzte und vierte Partei der griechischen Gesellschaft ist die, um die ich mir am meisten Sorgen mache. Es ist die »Partei der Aussichtslosen«: all die jungen Griechen, die tagelang vor dem Computer sitzen und im Internet verzweifelt nach einem Job suchen – irgendwo auf der Welt.

Sie sind nicht Gastarbeiter wie ihre Großeltern, die in den sechziger Jahren aus Makedonien und Thrakien nach Deutschland zogen, um Arbeit zu suchen. Diese jungen Leute hier

haben einen Uni-Abschluss, manche sogar den Dokortitel. Doch sie wandern vom Studium direkt in die Arbeitslosigkeit.

Ich bin in Istanbul geboren und aufgewachsen und lebe seit vielen Jahren in Athen. Bei meiner Tochter ist es umgekehrt – sie ist gebürtige Athenerin und lebt jetzt in Istanbul. Das könnte man Repatriierung der zweiten Generation nennen. Und meine Tochter ist beileibe nicht die Einzige. Ein Strom junger Leute ist im vergangenen Jahr nach Istanbul ausgewandert. Sie wenden sich dort an das Ökumenische Patriarchat der griechisch-orthodoxen Christen und bitten um einen Job und um Unterstützung bei der Wohnungssuche. Unsere alte Feindschaft mit der Türkei wurde durch die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland beigelegt.

Ob Rezession oder Sparpaket, ob Schuldenschnitt oder Reformen, wir werden der Krise bestenfalls zwei, im schlimmeren Falle drei Generationen opfern. Die Jungen sind die großen Verlierer von heute. Und wir werden die großen Verlierer von morgen sein, weil uns in einigen Jahren die aufstrebenden Kräfte fehlen werden.

Die Einzigen, die jetzt zu uns kommen, sind Menschen, denen es noch schlechter geht. Ich kaufe meine Zeitungen täglich am selben Kiosk an der Ecke. Der Kioskbesitzer ist ein Albaner. »Schauen Sie mal«, sagte er, als ich vorgestern meine Zeitungen holte. Er zeigte dabei auf einen Afrikaner, der nicht weit von uns im Müll wühlte. »Die müsste man alle zurückschicken.«

»Haben Sie denn vergessen, dass die Griechen Sie vor zwanzig Jahren selber als Scheißalbaner beschimpft haben?«, fragte ich wütend. »Schon, aber das ist jetzt vorbei. Unsere Kinder gehen in griechische Schulen, sie sprechen fließend Griechisch, man kann sie von griechischen Kindern gar nicht mehr unterscheiden«, sagte er. »Viele von uns sind mittlerweile griechische Staatsbürger. Aber jetzt habe ich ein Problem: Soll ich als Albaner oder als Grieche nach Albanien auswandern?«

»Sie wollen zurückkehren?«

»Na ja, der Kiosk läuft zwar gut, reicht aber für zwei Familien nicht aus. Mein Sohn ist verheiratet und arbeitslos. Seine Frau ist Griechin, und sie will nicht nach Albanien. Also werde ich mit meiner Frau zurückkehren und den Kiosk meinem Sohn überlassen. Kehre ich als Albaner zurück, dann werde ich von meinen Freunden ausgelacht. Ich wollte ja ein besseres Leben in Griechenland und kehre abgebrannt zurück. Für sie werde ich ein Versager sein. Wenn ich aber als Grieche zurückkehre, dann werden sie mich beschimpfen. Sie werden sagen: ›Ihr Griechen habt uns immer missachtet. Wir mussten monatelang auf ein griechisches Visum warten und wurden wie Dreck behandelt. Jetzt sucht ihr auch noch Arbeit im armen Albanien.« Mein Kioskbesitzer ist nicht der Einzige, der nach Albanien zurückgehen will. Viele albanische Familien haben Griechenland bereits verlassen.

Zur Schulparade am 28. Oktober erschienen die Schüler eines Athener Gymnasiums mit schwarzen Tüchern um den Hals. Dazu muss man wissen, dass der 28. Oktober bei uns als Nationalfeiertag begangen wird, weil er an den Einmarsch der Mussolini-Armee in Griechenland im Jahr 1940 erinnert. Damals errangen die Griechen im Krieg gegen die italienischen Faschisten einen großen Sieg.

Als die Aktion mit den schwarzen Halstüchern publik wurde, gab es einen gewaltigen Aufschrei. »Ein Affront gegen den Nationalfeiertag«, schrieben manche Journalisten. Die vermeintlichen Provokateure waren aber bloß Schüler aus Agios Panteleimon, einem der heruntergekommensten Stadtteile Athens. Agios Panteleimon hat eine der höchsten Arbeitslosenquoten in Attika.

Um das Abitur zu schaffen, brauchen alle Schüler in Griechenland eine sogenannte Vorbereitungsschule. Ohne sie hat man später keine Chance auf ein Uni-Studium. Das gilt auch für die jungen Leute am Gymnasium in Agios Panteleimon. Doch viele von ihnen sind Kinder arbeitsloser Eltern, die die Gebühren für die Vorbereitungsschule nicht mehr zahlen können. Damit haben die Kinder keine Chance auf eine Hochschulbildung. »Wir wollten die Schulparade nicht stören. Wir wollten nur unseren Protest gegen die Zukunft, die uns erwartet, zum Ausdruck bringen«, sagte einer der beteiligten Schüler bescheiden.

Es gibt aber auch die Kehrseite der Medaille. Ich saß an einem Abend der vergangenen Woche im Café meines Verlegers, als eine etwa vierzigjährige Frau auf mich zukam und fragte, ob sie sich zu mir setzen dürfe. Sie wollte mit mir über meinen Kriminalroman *Faule Kredite* sprechen, in dem es auch um das unter der Wirtschaftskrise ächzende griechische Volk geht. Zum Schluss sagte die Besucherin zu mir: »Ich bin Gymnasiallehrerin in einer Schule in einem der Nordbezirke von Athen. Jeden Tag muss ich mir Vorwürfe machen, wie schlecht wir diese Kinder erzogen haben.«

»Wie meinen Sie das?«, fragte ich.

»Ich beobachte die Jugendlichen jeden Tag während der Pause. Sie reden nur über Autos, Armani-Jeans und Gucci-T-Shirts. Sie haben keine Ahnung von der Krise und auch nicht von dem, was sie erwartet. Sie kommen von den Eltern verhätschelt in die Schule und werden von uns weiter verwöhnt.«

Zwei Schulen, zwei Menschentypen – das ist Griechenland. Die einen in den armen, die anderen in den wohlhabenden Vierteln. Man sieht, wie verschieden die Jugendlichen schon sind. Eltern aus den reichen Quartieren schenken ihren Kindern ein Auto, wenn die mit Mühe das Abitur geschafft haben. Sie dulden nicht, dass ihre Sprösslinge wie die normalen Studenten mit dem Bus in die Uni fahren.

Eine Journalistin, die vor einem Arbeitsamt Stoff für einen Bericht sammelte, sprach einen jungen Mann an. »Sie dürfen meinen Namen nicht schreiben«, beschwor er sie. »Meine Mutter weiß nicht, dass ich arbeitslos bin und hier stehe.«

Ich selber wartete Anfang dieser Woche an einer Haltestelle auf den Bus. Da zeigte ein fremder alter Herr auf die altbekannte Schlange der Taxis. »Keiner nimmt mehr ein Taxi«, sagte er. »Und den Stau auf den Straßen gibt es auch nicht mehr so oft wie früher. Man fährt einfach weniger Auto, weil das Tanken Geld kostet.«

»Ja, es sind schwierige Zeiten«, antwortete ich.

»Ach was«, versetzte er, »ich bin in den vierziger Jahren aufgewachsen, in der Zeit der großen Armut. Wissen Sie, ich ging barfuß in die Schule, weil ich nur ein Paar Schuhe hatte und sie schonen musste.«

Schon richtig, aber die Generationen nach 1981 sind nicht in der Zeit der echten Armut, sondern in der Zeit des falschen Reichtums aufgewachsen, und sie werden panisch, wenn sie an Verzicht denken. Ihnen ist die Armut so unbekannt wie die Wüste. Die Jungen von heute sind die Kinder einer Generation, die vom sogenannten Polytechnikum-Aufstand geprägt wurde. Damals, im November 1973, traten Studenten in einen Proteststreik gegen die Militärdiktatur, der blutig niedergeschlagen wurde.

Die Generation des Polytechnikums aber hat das Land verwüstet. Sie wollte mit linkem Jargon ein neues Griechenland aufbauen und ist daran gescheitert. Die Anständigen unter ihnen haben sich zurückgezogen und kümmern sich um sich selbst. Die anderen gingen in die Politik, ergatterten einen lukrativen Job als Unternehmer im Klientelsystem oder einen lohnenden Posten im Staatsapparat.

Anfang der achtziger Jahre war dieser linke Jargon entscheidend, wenn man unter dem Banner der Pasok in die Politik einziehen oder sich einen Platz im Staatsapparat sichern wollte. Wer den Jargon nicht draufhatte, war Teil des alten, reaktionären Systems. Inzwischen sind manche dieser Leute stinkreich geworden. Den linken Jargon benutzen sie immer noch. Aber er ist zur Maskerade geworden.

Sie waren die Gewinner von gestern. Ihre Kinder gehören zu den verlorenen Generationen von heute. Und morgen werden die Väter die Wut der Kinder zu spüren bekommen.

Anmerkung der Redaktion: Im Text hat sich ein Fehler eingeschlichen. Die genannten Kliniken in Athen werden nicht von "Ärzte ohne Grenzen", sondern von der Organisation "Ärzte der Welt" betrieben. Wir haben das korrigiert.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2011/49/DOS-Markaris>